Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Winter im Gazastreifen: In Trümmern zu Hause
2. „Jalta-2“ liegt hinter uns – Ist mit einem „Potsdam-2“ zu rechnen?
3. Gut für die deutsche Kriegsindustrie: Sozialkahlschlag durch endlose Nullrunden
4. Flexibilität zulasten der Beschäftigten
5. Lieferkuriere müssen weiter auf bessere Gesetze warten
6. Der Mann mit den Büroklammern
7. Ausbildung unter Druck: Mentale Gesundheit von Azubis stärken
8. Die Angst kehrt in die Supermärkte zurück: Was hinter den Hamsterkäufen weltweit steckt
9. Konsumklima in Deutschland: Trotz Weihnachtszeit kaufen die Deutschen kaum mehr ein
10. Spanien: Sánchez warnt vor Austerität bei Rechtsruck nach Wahlen
11. Frankreichs Wirtschaft rutscht in die Rezession
12. Arzneimittel in der EU: Wer kontrolliert den schnellen Weg zum Patienten?
13. Neues Heizungsgesetz: Gutachten zweifelt an Reiches Grüngas-Plan
14. Die Gönner von Berlin
15. Veranstaltungshinweise der Woche

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Winter im Gazastreifen: In Trümmern zu Hause**

Tausende Menschen im Gazastreifen leben mangels Alternativen in kriegsbeschädigten Gebäuden. Immer wieder kommt es zu Einstürzen mit tödlichen Folgen. […]
Mehr als 3.200 Gebäude im Gazastreifen müssen teilweise oder vollständig abgerissen werden, stellte die UN-Migrationsorganisation IOM in einer Anfang November veröffentlichten Untersuchung fest. Das entspricht rund 13 Prozent der 23.828 untersuchten Bauten. Rund zwei Drittel des Gazastreifens konnten bei der Untersuchung nicht berücksichtigt werden, da die israelische Armee diese Gebiete besetzt hält. Auf dem verbleibenden Drittel drängt sich der Großteil der mehr als zwei Millionen Einwohner:innen des Gazastreifens.
Quelle: taz

dazu auch: **Ex-Mossad-Chef im Bundestag: Frühstück ohne Folgen**
Die Einladung eines mutmaßlichen Kriegsverbrechers und Waffenlobbyisten in den Bundestag war ein Skandal. Aber wo blieb die mediale Empörung?
Hitzige Szenen im Bundestag: Vier Security-Mitarbeiter zerren einen jungen Mann, der ein weißes Hemd und einen Anzug trägt, aus einem Sitzungssaal. „Wir wollen ihre kriminelle Technologie nicht“, ruft er noch, bevor sie ihn vor der Tür mit vereinten Kräften auf dem Boden niederringen. Als er wieder auf den Beinen zu stehen kommt, fragt er die Polizeibeamten, die ihn umringen: „Warum laden die Grünen einen Kriegsverbrecher in den Bundestag?“
Quelle: taz

2. **„Jalta-2“ liegt hinter uns – Ist mit einem „Potsdam-2“ zu rechnen?**
   Der 33. Gipfel der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC-2026) fand vom 18. bis 19. November 2026 in Shenzhen, China, unter dem Motto „Aufbau einer asiatisch-pazifischen Gemeinschaft für gemeinsamen Wohlstand“ statt. An dem Forum nahmen Vertreter aus 21 Volkswirtschaften der asiatisch-pazifischen Region (APEC) teil. Im Rahmen des Gipfels fanden bilaterale und trilaterale Treffen unter Beteiligung der chinesischen Staatsführung Xi Jinping, des US-Präsidenten Donald Trump und des russischen Präsidenten Wladimir Putin statt.
   Quelle: Globalbridge
3. **Gut für die deutsche Kriegsindustrie: Sozialkahlschlag durch endlose Nullrunden**
   Vor der Haushaltsabstimmung lobt sich die SPD wegen angeblich verhinderter Sozialkürzungen. Doch die nun verabredeten weiteren Nullrunden für Geringverdiener, arme Kinder Behinderte und Arbeitslose sind genau das:

Verarmungspolitik mit dem Ziel, Beschäftigte für die deutsche Kriegsmaschine zu disziplinieren.
Deutschlands Regierung setzt Prioritäten: Mit knapp 140 Milliarden Euro will sie nächstes Jahr fast viermal so viel in die Aufrüstung stecken wie vor zehn Jahren. Das ist mehr als ein Viertel des geplanten Bundeshaushalts. Weitere 11,6 Milliarden für Waffenlieferungen an die Ukraine und bis zu neun Milliarden für die NATO sind darin noch nicht einmal enthalten. Das hat freilich seinen Preis – für die Mehrheit der Lohnabhängigen.
Den Kriegstreibern steht der Sozialstaat im Wege. Wohl auch angesichts der zunehmenden Antiwehrpflicht- und Sozialproteste greift die Bundesregierung dafür jetzt in die Trickkiste. Weitere "Nullrunden" bis 2028 für die Bedürftigsten sind angesagt: beim Kindersofortzuschlag für Geringverdiener, beim Wohngeld und bei der Grundsicherung. Die SPD feiert sich nun zwar für angeblich verhinderte Kürzungen. Doch angesichts der steigenden Inflation machen solche Nullrunden nicht nur die Ärmsten immer ärmer.
Quelle: RT DE

dazu auch: **Aufrüstung rettet Haushalt: Deutschland entgeht wegen Verteidigungsausgaben dem EU-Defizitverfahren**
Deutschland überschreitet die EU-Schuldengrenze deutlich. Doch dank hoher Verteidigungsausgaben bleibt ein Strafverfahren aus Brüssel aus.
Trotz einer erwarteten Neuverschuldung von 4,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in diesem Jahr muss Deutschland kein Defizitverfahren der Europäischen Union fürchten. Zugleich mahnt die EU-Kommission Berlin mit Blick auf den Haushalt 2027 zu Korrekturen.
Quelle: Berliner Zeitung

4. **Flexibilität zulasten der Beschäftigten**
Arbeitsrechtler halten Ausweitung von Befristungen für womöglich verfassungswidrig
Die Bundesregierung will die Befristung von Arbeitsverträgen erleichtern. Arbeitsrechtler halten die Pläne für so weitreichend, dass befristete Anstellungen künftig der neue Normalfall werden könnten.
Arbeitsrechtsexperten der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung warnen vor gravierenden Einschnitten zulasten von Arbeitnehmern durch die Bundesregierung. Durch die geplante Ausweitung möglicher befristeter Arbeitsverhältnisse drohten »schier endlose Kettenbefristungen, die in eine dauerhaft prekäre Beschäftigung münden«, wenn zugleich etwa auch andere

Instrumente wie Leiharbeit oder Sachgrundbefristungen eingesetzt würden, kritisieren die Arbeitsrechtler des Hugo-Sinzheimer-Instituts (HSI) für Arbeits- und Sozialrecht der Stiftung.
Quelle 1: DER SPIEGEL
Quelle 2: Hans Böckler Stiftung

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Das geplante Gesetz ist in jeder Hinsicht unsäglich. Am härtesten trifft es wohl junge Menschen – und dann beklagt die Politik die niedrige Geburtenrate, das schlechte Konsumniveau und die große Unzufriedenheit vor allem junger Menschen mit den Regierungsparteien.*

dazu auch: **Tausende Jobs sollen gefährdet sein: SAP erwägt offenbar größeren Stellenabbau**
Der Software-Konzern SAP will Medienberichten zufolge Tausende Stellen streichen. Hintergrund soll auch die Automatisierung durch Künstliche Intelligenz sein.
Der Softwarekonzern SAP steuert Insidern zufolge auf einen größeren Stellenabbau zu. Darüber berichten mehrere Medien übereinstimmend. Die genaue Größenordnung steht aber offenbar bislang nicht fest. Der Nachrichtenagentur Bloomberg zufolge könnten bis zu 10.000 Jobs wegfallen. Ein Insider sprach gegenüber dem Handelsblatt sogar von bis zu 15.000 Stellen, die entfallen könnten. Der Plan sei noch nicht final, hieß es.
Quelle: tagesschau

und: **Metallabschluss: Unter zwei Prozent pro Jahr, das ist zu wenig**
Wie immer in den letzten Jahren werden die Jahresergebnisse der Lohnverhandlungen in der Öffentlichkeit bewusst im Dunkeln gehalten. Auch die Gewerkschaften, die 5 Prozent für 12 Monate gefordert haben, tun absolut nichts, um für Klarheit zu sorgen. Die Löhne steigen um 4,3 Prozent vermelden etliche Gazetten, weil sie zu faul sind, nachzurechnen, was wirklich auf das Jahr gerechnet herausgekommen ist. Meine KI hat genau 15 Sekunden gebraucht, um vernünftige Zahlen auszuspucken.
Quelle: Heiner Flassbeck auf Relevante Ökonomik

5. **Lieferkuriere müssen weiter auf bessere Gesetze warten**
   Am 2. Dezember endet die Frist, innerhalb derer Deutschland die EU-Richtlinie zur Plattformarbeit umsetzen muss. Doch das Bundesarbeitsministerium hat den dafür nötigen Gesetzentwurf intern noch nicht final abgestimmt, wie die Pressestelle der Redaktion rbb24 Recherche schriftlich mitteilte.

Dabei hatten viele Fahrer, die für eine Liefer-App Essen ausfahren oder als Mietwagenfahrer über diverse Apps ihre Kunden vermittelt bekommen, auf mehr Schutz vor Ausbeutung und unfairen Arbeitsbedingungen gehofft. Genau darauf zielt die EU-Plattformrichtlinie, auch indem sie eine stärkere staatliche Aufsicht vorsieht und hohe Strafzahlungen ermöglicht, sollten sich die Plattformbetreiber nicht an die Regeln der Richtlinie halten.
Quelle 1: rbb24
Quelle 2: tagesschau

6. **Der Mann mit den Büroklammern**
   Ein Verfahren vor dem Arbeitsgericht Münster soll über eine gerechte Entlohnung von Menschen in Behindertenwerkstätten entscheiden.
   Das Wort „Mindestlohn“ suggeriert, dass einem Arbeitenden mindestens ein bestimmter Betrag bezahlt werden muss, der nicht unterschritten werden darf. Meistens läuft es in Deutschland auch so. Der gesetzliche Mindestlohn liegt bei 13,90 Euro. Es sei denn, der Lohnbezieher ist behindert — dann wird der „Lohn“ einfach „Entgelt“ genannt, und 2 Euro pro Stunden müssen oft reichen. Natürlich gibt es Behinderungsgrade, die kaum einen essentiellen Beitrag zur Wertschöpfung ermöglichen — in solchen Fällen muss das Sozialsystem für den Lebensunterhalt sorgen; aber selbst bei Menschen mit Behinderung, die fleißig und effizient meist einfache Arbeiten verrichten, wird oft nur ein solcher Hungerlohn gezahlt. Das ist Diskriminierung. Mit Hilfe der Gesellschaft für Freiheitsrechte klagt ein unterbezahlter Beschäftigter nun gegen seinen Arbeitgeber.
   Quelle: Günther Burbach auf Manova
7. **Ausbildung unter Druck: Mentale Gesundheit von Azubis stärken**
   Eine Ausbildung soll der Einstieg in ein gutes Berufsleben sein. So weit, so gut. Doch für immer mehr junge Menschen wird sie zur Belastungsprobe. Der neue DGB-Ausbildungsreport
   zeigt: Zwischen Anspruch und betrieblicher Realität klafft zunehmend eine Lücke. Die Ausbildungszufriedenheit in Niedersachsen (und Bremen) liegt auf einem Rekordtief, während gleichzeitig die psychischen Belastungen der jungen Menschen zunehmen. Das ist ein besorgniserregendes Ergebnis.
   Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht
8. **Die Angst kehrt in die Supermärkte zurück: Was hinter den Hamsterkäufen weltweit steckt**
   Die Nachfrage nach Konserven, Trinkwasser und Notfallausrüstung steigt in mehreren Ländern. Auch deutsche Supermärkte haben auf das wachsende Interesse an Krisenvorsorge reagiert.

Konserven, Trinkwasser, Batterien und Babynahrung: In mehreren Ländern decken sich Verbraucher verstärkt mit Notvorräten ein. Supermärkte melden teilweise massive Umsatzsteigerungen bei haltbaren Lebensmitteln und anderen Produkten des täglichen Bedarfs. In sozialen Netzwerken verbreiten sich unterdessen Falschinformationen über einen angeblich unmittelbar bevorstehenden Weltkrieg.
Die Gerüchte knüpfen an tatsächliche Empfehlungen zahlreicher Regierungen zur Krisenvorsorge an. Doch während die Behörden ihre Bevölkerung auf mögliche Stromausfälle, Naturkatastrophen, Cyberangriffe oder auch militärische Konflikte vorbereiten wollen, interpretieren manche Internetnutzer die Aufrufe als vermeintlichen Beleg für einen bevorstehenden globalen Krieg.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Zitat aus dem Text: „Das ist kein Alarmismus, sondern gelebte Eigenverantwortung“, erklärte Hessens Innenminister Roman Poseck (CDU) bei einem Besuch in einem Frankfurter Supermarkt.*
Täglich muss man sich diesen Blödsinn von Politikern aus den Parteien der sog. "politischen Mitte" und Berichten in willfährigen Leitmedien anhören, die den größten Mist ohne Sinn und Verstand, ohne jeglichen Abstand verbreiten. So auch die "'Erkenntnis" von Johann Walter David Rudolf Wadephul (CDU), der sich nach Lenchen Baerbock als deutscher Außenminister versucht und plötzlich verbreitet, ein Frieden in Europa sei nur "ohne Russland" möglich. Die logische Fortführung dieses Gedankens führt direkt zum Krieg.
Gelebte "politische (Eigen)Verantwortung" besteht nicht aus Hamsterkäufen, sondern durch eine schnelle Beendigung (besser Vermeidung) des Krieges durch Diplomatie. Zu einem solchen Handeln, das unendliches Leid und Zerstörung vermeiden würde, sind die vielen politischen Einfaltspinsel und Bellizisten in unseren Regierungen und Parlamenten, aus welchen Gründen und Interessen, weder bereit noch in der Lage. Wir erleben einen Rückfall in die Barbarei – aus wirtschaftlichen, geopolitischen und machtpolitischen Interessen.

9. **Konsumklima in Deutschland: Trotz Weihnachtszeit kaufen die Deutschen kaum mehr ein**
   Der Konsumklima-Index liegt im aktuellen Weihnachtsgeschäft niedriger als im Vorjahr. In Deutschland wird kaum mehr eingekauft als in den vergangenen Wochen.

Die Kauflaune der Deutschen verbessert sich einer Erhebung zufolge vor der nahenden Adventszeit kaum. Der Konsumklima-Index des Nürnberger Instituts für Marktentscheidungen für Dezember legte zwar leicht um 0,7 Punkte zu, bleibt mit einem Wert von minus 30,2 Punkten aber auf niedrigem Niveau.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Man fasst sich an den Kopf bei soviel Dummheit, vorgetäuschtem Unverständnis und Gesundbeterei. Zum Einkaufen braucht man nicht nur "Weihnachtszeit", sondern vor allem harte Fakten – Geld zum Ausgeben – sowie die Sicherheit, dass sich die wirtschaftliche Lage in naher Zukunft nicht verschlechtert. Nun mag es sein, dass die Realeinkommen in den letzten zwei, drei Jahren wieder gestiegen sind und inzwischen endlich wieder das Niveau von 2019 (!!) erreicht haben. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit rasant, werden von den Arbeitgebern weitere Reallohnsenkungen (oder sogar Nominallohnkürzungen) gefordert und legt Fritze Merz mit seiner Trümmertruppe ein Sozialkürzung nach der anderen auf, zugleich mit der unsäglichen Forderung, die Deutschen sollten mehr und länger arbeiten und gefälligst weniger krankfeiern. Wer 2+2 zusammenzählt, weiß, dass die Nettolöhne in den nächsten Jahren (real oder sogar nominal) schrumpfen werden bei weiteren Gebührenerhöhungen und Kürzungen in der Infrastruktur. Der genannte Wert von -30,2 Punkten für den Konsumklima-Index ist unterirdisch (das Minimum ist -50, erst ab 0 geht es aufwärts). Wenn der auch schon unterirdische Wert von -24,2 vom letzten Jahr als positive (!!) Referenz genommen wird, weiß man Bescheid. Zum Glück besteht Wirtschaft nur aus Wettbewerbsfähigkeit und Export und ist der Binnenkonsum völlig unwichtig für das Wirtschaftswachstum; anderenfalls müsste die Politik ja was unternehmen.*

10. **Spanien: Sánchez warnt vor Austerität bei Rechtsruck nach Wahlen**
Spaniens Wirtschaft wächst kräftig, doch die hohen Wohnkosten haben Hunderttausende Menschen auf die Straße getrieben. Nach acht Jahren sozialistischer Regierung stellt die Rechte Ausgabenkürzungen in Milliardenhöhe in Aussicht.
Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez hat vor drastischen Einschnitten bei den Staatsausgaben gewarnt, sollte die extreme Rechte nach den Parlamentswahlen am Sonntag an die Regierung kommen. In einer hitzigen Fernsehdebatte, die am Donnerstagabend von zahlreichen spanischen Fernsehsendern übertragen wurde, attackierte Sánchez den Vorsitzenden der

Rechtspartei Vox, Santiago Abascal. „Er will die Axt an die Staatsausgaben legen“, sagte Sánchez. „Und er sieht dabei so zufrieden mit sich aus.“
Quelle: World News Monitor

11. **Frankreichs Wirtschaft rutscht in die Rezession**
Die Investitionen in Frankreich gehen zurück, die Exporte sinken. Die Regierung hält an ihrer Wachstumsprognose fest, obwohl die Zentralbank nur mit einer leichten Belebung der Konjunktur zum Jahresende rechnet.
Die französische Wirtschaft ist im dritten Quartal stärker geschrumpft als zunächst angenommen. Das nationale Statistikamt Insee korrigierte am Freitag seine Schätzung für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von minus 0,1 auf minus 0,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Auch im zweiten Quartal war die Wirtschaftsleistung nach Angaben der Leiterin der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Insee, Marie Leclair, geringfügig gesunken. Frankreich befindet sich damit in einer technischen Rezession, wie Le Monde berichtet. Zuletzt war die französische Wirtschaft im vierten Quartal 2025 gewachsen.
Quelle: World News Monitor
12. **Arzneimittel in der EU: Wer kontrolliert den schnellen Weg zum Patienten?**
Die EU-Kommission kann künftig in Notlagen Arzneimittel zulassen, bevor sämtliche wissenschaftlichen Daten vorliegen. Das wirft Fragen auf: Wer sichert die Qualität? Wer kontrolliert die Kommission?
Das EU-Parlament hat am Mittwoch in Straßburg die weitreichendste Reform des europäischen Arzneimittelrechts seit mehr als 20 Jahren verabschiedet. Die Reform soll nach Angaben des EU-Rates „Innovation fördern, den Zugang zu Behandlungen verbessern, Engpässe verhindern“ und dafür sorgen, „dass die Pharmaindustrie in der EU wettbewerbsfähig bleibt“.
Quelle: World News Monitor
13. **Neues Heizungsgesetz: Gutachten zweifelt an Reiches Grüngas-Plan**
Mit Biogas und -öl will die Koalition Öl- und Gasheizungen klimafreundlicher machen. Ein neues Gutachten weckt erhebliche Zweifel an dem Plan.
Nur 290 der knapp 10.000 Biogasanlagen in Deutschland können bislang Biomethan herstellen – eine von mehreren Schwachstellen, die der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages im Heizungsgesetz von Union und SPD sieht. "Das Gutachten zeigt: Bei der Grüngasquote sind Preise, Mengen und Importe unsicher", erklärte der Grünen-Abgeordnete Alaa Alhamwi, der das Gutachten in Auftrag gegeben hatte. Sicher seien "nur die Mehrkosten für Haushalte".

Laut dem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes, das der Nachrichtenagentur AFP am Mittwoch vorlag, steht die Nutzung von Biomasse in Konkurrenz zur Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln. Mit Blick auf Importe aus dem Ausland – bislang stammen sie meist aus Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden – ist auch von Bedeutung, dass andere Länder künftig ebenfalls verstärkt grüne Gase für ihre eigenen Klimaziele benötigen, wie es in dem Gutachten unter Berufung auf eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) heißt.
Quelle: t-online

14. **Die Gönner von Berlin**
    Das politische Berlin streitet sich um die Respekt-Rente. Respekt-Rente? Darin steckt die ganze Respektlosigkeit der Politik gegenüber den Bürgern. Gönnerlaune in der Bundeshauptstadt. Union und Sozialdemokraten geraten wegen der Rente aneinander. Respekt-Rente nennen sie ihr Vorhaben – oder ihre Unterlassung, je nachdem, wie man es sehen möchte. Abschlagfrei nach 45 Versicherungsjahren in den Ruhestand – oder vielleicht doch nicht? In Berlin tobt die Inszenierung unterschiedlicher Auffassungen. Wegen der Altersgelder wird diese Koalition sicherlich nicht scheitern. Sie ist zäh, hält viel mehr aus, als ihre Kritiker annahmen. Dilettanten bleibt eben nichts als Haltung – und die kann wirklich eisern sein, weicht keinen Meter. Unfähigkeit ist zuweilen sehr hartnäckig.
    Quelle: Roberto De Lapuente auf Overton Magazin
15. **Veranstaltungshinweise der Woche**
    a. **Perspektivwechsel fünf**
       Erich Vad und Holger Friedrich sprechen darüber, wie nah der Krieg ist und was es für Deutschland bedeuten würde.
       In seinem neuen Buch "Vergeltungsschlag" (Westendverlag) entwirft Erich Vad ein Szenario, das erschreckend realistisch erscheint. Er zeigt, welche Folgen eine militärische Eskalation hätte – und warum die Gefahr wächst, dass aus politischen Konflikten bewaffnete Auseinandersetzungen werden.
       Die Welt gleicht zunehmend "einem Schulhof ohne Aufsicht": Der Stärkere setzt sich durch – und der Rücksichtslosere bestimmt die Regeln. Doch wer diese Welt verstehen will, muss tiefer blicken.
       Vad greift auf die Gedanken von Carl von Clausewitz und Carl Schmitt zurück, um die Gesetzmäßigkeiten von Macht, Politik und Krieg offenzulegen. Denn Krieg und Frieden sind keine voneinander getrennten Zustände. Sie gehören machtpolitisch zusammen – und wer begreifen will,

wie Kriege entstehen, muss auch verstehen, wie Frieden geschaffen und bewahrt werden kann.
Erich Vad hinterfragt die politischen Gewissheiten, Ideologien und Erzählungen unserer Zeit. Er zeigt auf, wie sie Konflikte verschärfen und den Weg in den Krieg ebnen können.
Vor allem aber stellt er die entscheidende Frage:
Wie findet man zurück zum Frieden, wenn kaum noch jemand an ihn glaubt?
Quelle: Theater Ost

b. **JOURNALISMUS IN GEFAHR? – Podiumsgespräch zur Situation der vierten Gewalt mit Florian Warweg und Volker Rekittke**
Wann: Donnerstag, 10. Dezember 2026, Beginn: 19 Uhr (Einlass 18:30 Uhr)
Ort: Ort: Mensa der Hebelschule, Engelbergerstraße 2 (Eingang Eschholzstraße), 79106 Freiburg
Die Medien in einer Demokratie haben die Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger umfassend zu informieren und üben gleichzeitig eine Kontrollfunktion gegenüber den Mächtigen in Staat und Wirtschaft aus. Aber wie ist es hierzulande um die Meinungsbildung und die Meinungsfreiheit bestellt? Bilden die Medien das komplette Meinungsspektrum ab? Wie frei sind Journalisten, Redaktionen und Herausgeber? Welche Rolle spielen der öffentlich-rechtliche Rundfunk, große private Verlagshäuser oder die sogenannten alternativen Medien? Haben die Medien in den Corona-Jahren ihre Kontrollfunktion gegenüber Staat und Konzernen wahrgenommen? Und in welcher Situation befinden sich investigative und kritische Journalisten, wenn die EU existenzvernichtende Individual-Sanktionen verhängen kann, wie z.B. gegen den Berliner Journalisten Hüseyin Dogru?
Diesen und weiteren Fragen gehen wir gemeinsam mit zwei Journalisten nach, die dafür bekannt sind, den Mächtigen auf die Finger zu schauen:
   - Florian Warweg ist Parlamentsberichterstatter der Ostdeutschen Allgemeinen Zeitung (OAZ). Zuvor war er als Redakteur bei den NachDenkSeiten einer größeren Leserschaft bekannt geworden. Einen besonderen Namen hat er sich als hartnäckiger Fragesteller auf der Bundespressekonferenz gemacht. Seine Erfahrungen dort beschreibt er in seinem Buch "Verdrehen. Vertuschen. Verschweigen."

- Dr. Volker Rekittke ist Journalist und arbeitete zwanzig Jahre als Redakteur beim Schwäbischen Tagblatt in Tübingen. Als Wissenschaftlicher Mitarbeiter einer BSW-Abgeordneten beschäftigte er sich u.a. mit der Aufarbeitung der Pandemiepolitik, der Sprengung der Nord-Stream-Pipeline und der geplanten Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland. Seinen Weg vom Befürworter zum scharfen Kritiker der Corona-Maßnahmen schildert er in seinem Buch "Der pandemische Brandbeschleuniger".

- Rainer Büttner moderiert das Podiumsgespräch und die daran anschließende Publikumsrunde, wo sich unsere Gäste den Fragen des Publikums stellen. An unserem Büchertisch besteht zudem die Möglichkeit, die Bücher unser Gäste sowie weitere wichtige Publikationen zum Thema zu erwerben.

Veranstalter ist der BSW-Kreisverband Region Südlicher Oberrhein. Der Eintritt ist frei, wir bitten um Spenden für das Honorar unserer Gäste.
Quelle: Rainer Büttner

Anmerkung der Redaktion: Wenn Sie auf eine interessante Veranstaltung hinweisen wollen, dann schicken Sie uns bitte die nötigen Informationen mit dem Betreff „Veranstaltungshinweise“ an hinweise@nachdenkseiten.de. Die Veranstaltungshinweise erscheinen wöchentlich am Freitag im Rahmen der Hinweise des Tages II.